

# Gefährdung der Demokratie durch die AfD – Aktueller Forschungsstand (2024/25)

## 1. Amtliche Einstufungen und Begründungen des Verfassungsschutzes

### 1.1 Einstufung als „gesichert rechtsextremistisch“

Seit Mai 2025 stuft das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die **Alternative für Deutschland (AfD)** bundesweit als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ ein. Nach einer mehrjährigen Analyse in einem über 1 100-seitigen Gutachten attestiert der Dienst der Partei ein *ethno-völkisches Volksverständnis* und eine „Bevölkerungsaustausch“-Ideologie, die Menschen mit Migrationshintergrund zu Bürger\*innen zweiter Klasse degradiert [rsw.beck.de](https://www.rsw.beck.de). Der BfV-Bericht 2024 belegt, dass die AfD die Begriffe „**Umvolkung**“, „**Bevölkerungsaustausch**“ und „**Remigration**“ nutzt, um rassistische Verschwörungserzählungen zu verbreiten [verfassungsschutz.de](https://www.verfassungsschutz.de). AfD-Funktionäre sprechen von einer „Messer-Kultur“ und fordern kollektivierende Abschiebungen [verfassungsschutz.de](https://www.verfassungsschutz.de).

Der Bericht zeigt zudem enge **personelle und ideologische Kontakte** der AfD zu rechtsextremen Netzwerken. Die Partei kooperiert mit der Identitären Bewegung und mit **Active-Club-Gruppen**, einer internationalen neonazistischen Kampfsport-Szene, die Mitglieder für künftige Kämpfe schult und als „Haven“ für Banden fungiert [cemas.io](https://www.cemas.io) [cemas.io](https://www.cemas.io). Die Jugendorganisation „Junge Alternative“ und der innerparteiliche „Flügel“ verbreiten die Idee der „Remigration“ und sind Teil dieser Szene [verfassungsschutz.de](https://www.verfassungsschutz.de).

### 1.2 Konsequenzen für die Demokratie

Die Einstufung führt zu verstärkter Überwachung, aber sie hat vor allem politische Signalwirkung. In seinem Jahresbericht 2024 warnte das BfV, dass sich **moderate Strömungen innerhalb der AfD zurückziehen** und der rechtsextreme Flügel die Partei ideologisch prägt [verfassungsschutz.de](https://www.verfassungsschutz.de). Björn Höcke und andere Führungspersonen sprechen von einem „historischen Wendepunkt“, an dem das „Kartellparteiensystem“ implodieren solle [verfassungsschutz.de](https://www.verfassungsschutz.de). Der Verfassungsschutz sieht darin einen Hinweis darauf, dass die AfD auf den Systemumsturz hinwirkt.

## 2. Zivilgesellschaftliche Warnungen vor demokratiefeindlichen Netzwerken

### 2.1 Analyse des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR)

Eine 2023 erschienene Studie des DIMR beurteilt die AfD als **rechtsextreme Partei**, deren Programm auf die Zerstörung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielt. Sie weist nach, dass Parteiführer wie Alexander Gauland und Tino Chrupalla Verschwörungserzählungen über „Bevölkerungsaustausch“ verbreiten und den Nationalsozialismus relativieren – Gauland bezeichnete die NS-Zeit als bloßen „Vogelschiss“ der deutschen Geschichte [institut-fuer-menschenrechte.de](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de).

[institut-fuer-menschenrechte.de](https://institut-fuer-menschenrechte.de) . Das Institut fordert die demokratischen Institutionen auf, entschieden zu handeln, um den Schutz der Menschenwürde zu bewahren [institut-fuer-menschenrechte.de](https://institut-fuer-menschenrechte.de) .

## 2.2 Mobile Beratung und Rechtsextremismusforschung

Beim Jahresrückblick 2024 des Bundesverbands **Mobile Beratung** beschrieben Fachleute die extreme Rechte als offensiv. Dominik Schumacher warnte, dass die AfD **zur stärksten Kraft in ostdeutschen Bundesländern** geworden sei und selbst im Westen wegen ihrer Radikalität gewählt werde [dw.com](https://www.dw.com) . Im Windschatten der AfD würden sich **Neue**

**Rechte, Reichsbürger und Neonazis** organisieren [dw.com](https://www.dw.com) . Nach der Enthüllung eines geheimen Treffens zwischen AfD-Funktionären und Identitären Plänen zur Deportation von Millionen Menschen – bekannt geworden durch das Correctiv-Netzwerk – warf Schumacher den demokratischen Parteien vor, Teile der AfD-Rhetorik zu übernehmen; Asylrechtseinschränkungen und rassistische Diskurse seien normalisiert worden [dw.com](https://www.dw.com) .

Rechtsextremismusforscher Oliver Decker verglich die Situation mit den frühen 1990er Jahren, die von Gewalt gegen Migrant\*innen geprägt waren, und warnte davor, rechtsextreme Mobilisierung erneut zu verharmlosen [dw.com](https://www.dw.com) .

## 2.3 Warnung der Amadeu-Antonio-Stiftung

Die Amadeu-Antonio-Stiftung und ihr Portal Belltower.News betonen, dass die AfD **mehr als nur eine Partei** ist; sie sei eine **organisierte Bedrohung für die Demokratie**. Sie nutze parlamentarische Instrumente gezielt, um Einfluss zu gewinnen und letztlich die Demokratie abzuschaffen [belltower.news](https://www.belltower.news) . Kommunalpolitikerinnen, *Lehrkräfte und Ehrenamtliche* würden zunehmend von AfD-Anhängerinnen bedroht und benötigten besseren staatlichen Schutz [belltower.news](https://www.belltower.news) . Die Stiftung fordert, rechtsextreme Netzwerke offenzulegen und Finanzierungsquellen zu kappen, damit Demokratiefeinde nicht weiter ihre Strukturen ausbauen [belltower.news](https://www.belltower.news) .

# 3. Politische Debatte und staatliche Einschätzungen

## 3.1 Aussagen von Abgeordneten

Die AfD ist in mehreren ostdeutschen Landtagen stärkste oder zweitstärkste Kraft und besitzt dort eine **Sperrminorität**; sie kann damit Verfassungsänderungen und Richterernennungen blockieren [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de) . Diese Tatsache erhöht die Sorge, dass die Partei ihre verfassungsfeindlichen Ziele künftig durchsetzen könnte.

Bei einer ZDF-Debatte im Januar 2025 sprach der CDU-Abgeordnete Marco **Wanderwitz** Klartext: Die AfD sei „**Verfassungsfeinde**, Feinde unserer Demokratie, Menschenfeinde“ [zdfheute.de](https://www.zdfheute.de) . Er warb dafür, die Verfassungsfeindlichkeit der Partei gerichtlich feststellen zu lassen [zdfheute.de](https://www.zdfheute.de) .

SPD-Abgeordnete **Carmen Wegge** erklärte im Bundestag, die AfD verfolge das Ziel, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen und sei daher **eine Gefahr für unsere Demokratie** [zdfheute.de](https://www.zdfheute.de) .

FDP-Politiker Konstantin Kuhle und CDU-Politiker Philipp Amthor warnten hingegen vor möglichen negativen Folgen eines Verbotsverfahrens; sie befürchteten eine Opferrolle der AfD und plädierten für politische Auseinandersetzung [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de) .

Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Thorsten Frei** bezeichnete Populisten und Extremisten von links und rechts sowie ausländische Desinformation als große Gefahr und plädierte dafür, mit den Mitteln des wehrhaften Rechtsstaats zu reagieren [abgeordnetenwatch.de](https://www.abgeordnetenwatch.de) .

## 3.2 Öffentliche Meinung

Laut dem ZDF-Politbarometer vom Mai 2024 sehen **73 % der Befragten die AfD als Gefahr für die Demokratie**, während nur 25 % dies nicht so sehen [zdfheute.de](https://www.zdfheute.de) . Allerdings befürworteten lediglich 44 % ein Parteiverbot, während 50 % dagegen waren [zdfheute.de](https://www.zdfheute.de) . Diese Zahlen zeigen, dass zwar die meisten Menschen die demokratiefeindliche Tendenz der AfD erkennen, ein Verbot aber umstritten bleibt.

## 4. Rechtliche Konsequenzen und Potenziale

Die deutsche „wehrhafte Demokratie“ erlaubt das Verbot von Parteien, die die freiheitlich demokratische Grundordnung beeinträchtigen oder beseitigen wollen (Art. 21 GG). Das Bundesverfassungsgericht fordert eine „**aktiv kämpferisch-aggressive Haltung**“ und eine **realistische Potenzialität**, die verfassungsfeindlichen Ziele umsetzen zu können. Die AfD erfüllt nach Ansicht vieler Jurist\*innen das ideologische Kriterium: Sie verfolgt ein völkisch-nationalistisches Konzept und delegitimiert demokratische Institutionen [verfassungsblog.de](https://www.verfassungsblog.de) . Ob sie auch das Potenzial hat, ihre Ziele durchzusetzen, hängt von ihrer Wahlerfolgen ab. Die Landtagswahlergebnisse 2024/25 (32,8 % in Thüringen, 30,6 % in Sachsen, 29,2 % in Brandenburg) geben ihr inzwischen eine Sperrminorität [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de) .

Gleichzeitig unterstreichen verfassungspolitische Debatten, dass ein Verbot allein nicht genügt. Rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung würden dadurch nicht verschwinden; viele Kritiker warnen vor einem Märtyrer-Effekt [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de) . Einige Jurist\*innen plädieren dafür, zusätzlich **einzelnen Akteuren** Grundrechte zu entziehen (Art. 18 GG) oder konsequenter zu verhindern, dass Rechtsextreme Positionen in Verwaltung und Justiz besetzen [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de) .

## 5. Fazit: Worin besteht die Gefahr?

Die Gefahr durch die AfD für die Demokratie lässt sich anhand der vorliegenden Quellen in mehreren Punkten zusammenfassen:

1. **Ideologische Radikalisierung:** Die AfD vertritt ein ethnisch definiertes Volksverständnis und konstruiert Bedrohungsszenarien („Umvolkung“, „Remigration“). Diese Ideen widersprechen dem Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger\*innen und legitimieren Ausgrenzung [rsw.beck.de](https://www.rsw.beck.de) [verfassungsschutz.de](https://www.verfassungsschutz.de) .
2. **Delegitimierung demokratischer Institutionen:** Funktionär\*innen diffamieren demokratische Parteien als „Kartell“ und „Altparteien“, bezeichnen Medien als „Lügenpresse“ und stellen die Gewaltenteilung infrage. Sie verharmlosen NS-Verbrechen und glorifizieren autoritäre Traditionen [institut-fuer-menschenrechte.de](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de) .
3. **Organisierte Vernetzung mit extremistischen Gruppen:** Die Partei kooperiert mit der Identitären Bewegung und neonazistischen Active-Clubs und bietet Anknüpfungspunkte für Reichsbürger und Neue Rechte [verfassungsschutz.de](https://www.verfassungsschutz.de) [dw.com](https://www.dw.com) .
4. **Wachsende politische Macht:** Mit zweistelligen Ergebnissen bei Landtagswahlen erreicht die AfD eine Sperrminorität in Thüringen und Brandenburg. Damit kann sie

Verfassungsänderungen blockieren und Richterwahlen beeinflussen [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de) .

Zivilgesellschaftliche Akteure fürchten, dass die Partei als „parlamentarischer Arm eines großen antidemokratischen Netzwerks“ die politische Landschaft umstürzt [dw.com](https://www.dw.com) .

5. **Normalisierung rechtsextremer Diskurse:** Experten bemängeln, dass demokratische Parteien Teile der AfD-Agenda übernehmen und damit rassistische Diskurse normalisieren [dw.com](https://www.dw.com) . Dies schwächt die gesellschaftliche Brandmauer gegen Rechts.
6. **Einschüchterung von Engagierten:** Aktivistinnen und Kommunalpolitikerinnen berichten von Bedrohungen durch AfD-Unterstützer\*innen; zivilgesellschaftliche Projekte zur Demokratieförderung sind finanziell unsicher [dw.com](https://www.dw.com) [belltower.news](https://www.belltower.news) .

Insgesamt zeigen offizielle Berichte, wissenschaftliche Analysen und zivilgesellschaftliche Beobachtungen, dass die AfD nicht nur rechtsextreme Inhalte vertritt, sondern auch über Netzwerke und politische Erfolge verfügt, die ihr ermöglichen könnten, den demokratischen Rechtsstaat zu erodieren. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht deshalb eine Gefahr für die Demokratie [zdfheute.de](https://www.zdfheute.de) , auch wenn über das Mittel eines Parteiverbots weiterhin kontrovers diskutiert wird.